

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

39. Jahrgang / 11

16. Januar 1984

Dr. Ulrich Steger MdB,
Obmann im Ausschuß für
Forschung und Technologie
des Deutschen Bundestages,
wirft dem Bundesfor-
schungsminister vor, Zu-
sagen gebrochen zu haben:
Abbau der Mitbestimmung
in der Forschung stoppen!

Seite 1

Horst Gobrecht MdB, Ob-
mann der SPD-Fraktion im
Finanzausschuß des Deut-
schen Bundestages, fordert
den Bundesfinanzminister
auf, Klarheit in der
Steuerpolitik zu schaffen:
Tohuwabohu beenden.

Seite 3

Freimut Duve MdB, Obmann
der Arbeitsgemeinschaft
Kunst und Kultur der SPD-
Bundestagsfraktion, weist
die filmpolitischen Forde-
rungen des Bundesinnen-
ministers zurück: Zimmer-
mann will Herr eines Kul-
turzweigs werden.

Seite 4

Dokumentation

Anlaßlich einer Ausstel-
lungseröffnung "Der deut-
sche PEN-Club im Exil" hat
der Bremer Senator für
Bildung, Wissenschaft und
Kunst, Horst-Werner Franke,
Leben und Arbeit der vor
Hitler geflohenen Schrift-
steller gewürdigt.

Verlag: Seite 5

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Den Abbau der Mitbestimmung in der Forschung stoppen!

Der Bundesforschungsminister bricht die gegebenen Zusagen

Von Dr. Ulrich Steger MdB

Obmann im Ausschuß für Forschung und Technologie des
Deutschen Bundestages

Entgegen seinen Beteuerungen, die Eigenverantwortlichkeit
der Wissenschaftler zu stärken und sie von organisatori-
schen und bürokratischen Zwängen zu entlasten, will der
Bundesforschungsminister damit beginnen, die Mitwirkungs-
möglichkeiten der Wissenschaftler in den überwiegend dem
Bund gehörigen Großforschungseinrichtungen abzubauen und
Betroffene und Beteiligte vom Entscheidungsprozeß über
Forschung und Entwicklung abzuschneiden. Die jüngst in der
Gesellschaft für Biotechnologische Forschung getroffenen
Entscheidungen deuten in diese Richtung.

Die Mitwirkungsrechte der Wissenschaftler in den Groß-
forschungseinrichtungen werden nach den sogenannten "Leit-
linien" des Bundesministers für Forschung und Technologie
durch den wissenschaftlich-technischen Rat wahrgenommen.
Dieser setzt sich in der Regel an Forschungseinrichtungen
der anwendungsorientierten Forschung und technischen Ent-
wicklung zu einem Drittel aus gewählten wissenschaftlichen
oder technischen Mitarbeitern und zu zwei Dritteln aus
Projekt- und Institutsleitern zusammen. Der wissenschaft-
lich-technische Rat hat in diesen Einrichtungen Organstel-
lung. Mit der Geschäftsführung gemeinsam entscheidet er
mit bei allen bedeutenden Angelegenheiten wissenschaftlich-
technischer Art. Er kann mit Zweidrittelmehrheit den Auf-
sichtsrat gegen Entscheidungen der Geschäftsführung mit
aufschiebender Wirkung anrufen.

Damit soll gewährleistet werden, daß Mitwirkungsrechte
praktisch ausgeübt werden sowie Wissenschaftler und Tech-
niker Verantwortung für die Entwicklung ihrer Arbeit selbst
übernehmen. Nach den jüngst getroffenen Entscheidungen der
Gesellschafter-Versammlung (Bund 90 Prozent, Land Nieder-
sachsen zehn Prozent) und des Aufsichtsrates der Gesell-
schaft für Biotechnologische Forschung wurde dieses auf-

Konwärdige Drukker
mit verworpen Bröndel
Recycling-Papier



schiebende Veto-Recht des wissenschaftlich-technischen Rates beseitigt, seine Rechte auf bloße Beratungsfunktionen zurückgeschnitten sowie das Gewicht der Arbeitnehmerstimmen im Aufsichtsrat erheblich verringert. Kurz, es ist zu befürchten, daß der Bundesforschungsminister an der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung modellhaft vorexerzieren will, was er auch für andere Großforschungseinrichtungen plant, nämlich: die Mitwirkungsrechte auf den Stand vor 1970 zurückdrängen.

Die Entmachtung des wissenschaftlich-technischen Rates wurde verbunden mit der Entscheidung, die Abteilung für pflanzliche Zellkulturen in Braunschweig zu schließen. Ohne über den Wert und den wissenschaftlichen Rang der Arbeiten dieser Abteilung urteilen zu wollen, bedeutet dies jedoch eine ernsthafte Schwächung dieser Großforschungseinrichtung. Die Entscheidung basiert weder auf einer Gesamtkonzeption für die biotechnische Forschung, noch einem Strukturkonzept für die Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik, sondern wurde ad hoc aufgrund eines Gutachtens und der Überlegung des Bundesforschungsministeriums gefällt, daß "eine kurzfristige Umsetzung von Forschungsergebnissen in diesem Bereich sehr schwer sei".

Dies kann doch nur bedeuten, daß Grundlagen- und anwendungsfernere Forschung beschnitten und interessante Forschungsmöglichkeiten, bei denen naturgemäß noch nicht sicher ist, welche praktischen Ergebnisse zu erwarten sind, vertan werden. Kurzfristige Umsetzung von Forschungsergebnissen heißt dann aber: Denaturierung der Großforschungseinrichtung zu einer Service-Station für die Industrie. Dieses Ziel ist umso leichter zu verwirklichen, je weniger Mitspracherechte die betroffenen und beteiligten Wissenschaftler noch haben. Beide Entscheidungen hängen also zusammen und machen mißtraulich hinsichtlich der weiteren Entwicklung.

Schließlich sei noch ein dritter Punkt genannt: Der Bundesforschungsminister hat angekündigt, ein Gesamtprogramm "Biotechnologie" im Frühjahr dieses Jahres vorzulegen. Bisherige Gutachten und ein Positionspapier des Ministeriums lassen die Konzeption erst verschwommen erkennen. Auszumachen ist aber, daß die Gesellschaft für biotechnologische Forschung wohl als neuer Projektträger für dieses Programm präpariert werden soll. Bisher bestanden für diesen Programmbereich schon ad-hoc-Ausschüsse, Sachverständigenkreise und Gutachter-Ausschüsse. Mitglieder aber waren stets nur Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung - hingewiesen sei nur auf die Probleme der Gentechnologie - ist es nicht länger vertretbar, daß die Arbeitnehmerschaft aus allen diesen Beratungsgremien ausgeschlossen bleibt.

Der Bundesforschungsminister wäre gut beraten, wenn er sich bei der Erarbeitung und Durchführung des Gesamtprogramms "Biotechnologie" auf einen gesellschaftlichen Konsens stützen könnte und nicht - wie derzeit - im Vorfeld der Beratungen über die Strukturierung dieses für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bedeutenden Technologiebereiches Mißtrauen säen und vielleicht unnötige Konfrontationen heraufbeschwören würde.

Wir fordern daher den Bundesforschungsminister auf, für die biotechnologische Forschung einen Programm-Beirat unter Einbeziehung der Gewerkschaften zu berufen.

Die SPD war in der ersten Ausschußberatung über die Neuorientierung der biotechnologischen Forschung davon ausgegangen, daß die geltenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsregelungen nicht gefährdet seien. Sie konnte sich dabei auf die mehrheitlich im Forschungsausschuß getroffene Feststellung stützen, daß Veränderungen im Personalbereich entsprechend den "Leitlinien" und dem Betriebsverfassungsgesetz erfolgen werden, die "Leitlinien" selbst also nicht zur Disposition stehen. Sie war ferner davon ausgegangen, daß vor Inkraftsetzung der Neuordnung im Bereich der biotechnologischen Forschung der Ausschuß für Forschung und Technologie konsultiert wird. Dies ist nicht geschehen. Wir fordern daher den Bundesforschungsminister auf, die ursprünglichen Mitwirkungsregelungen entsprechend dem Wortlaut der "Leitlinien" wieder herzustellen und den Bruch seiner Zusage, erst nach Vorlage einer Gesamtkonzeption detaillierte Veränderungen vorzunehmen, rückgängig zu machen.



Tohuwabohu beenden

Stoltenberg muß Klarheit in der Steuerpolitik schaffen

Von Horst Gobrecht MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Von Finanzminister Stoltenberg sind endlich Klarheit und Entscheidungen zur Steuerpolitik gefordert! Die regelmäßigen Wiederholungen nach dem Muster einer tibetanischen Gebetsmühle, irgendwann 1984 werde man Entscheidungen vorbereiten, die dann eventuell 1988 wirksam werden würden, reichen nicht mehr aus.

Nach der FDP hat nun auch die CSU in Kreuth Einkommensteuersenkungen noch für diese Legislaturperiode angemahnt. Es wird endlich Zeit, daß die Bundesregierung dieses steuerpolitische Tohuwabohu durch eine Entscheidung klärt und sagt, was sie will. Darauf haben die Steuerzahler einen Anspruch.

Bei einer Senkung im Einkommensteuerbereich muß der Schwerpunkt bei der Lohnsteuer der Arbeitnehmer und im beginnenden Progressionsbereich bei Facharbeitern, Handwerkern, kleinen Kaufleuten liegen, weil dort die "heimlichen Steuererhöhungen" zu packen. Eine Steuersenkung für Spitzenverdiener kommt nicht infrage, weil ihr Steuersatz seit Jahren nicht gestiegen ist. Ein Skandal ist dagegen die immer höher steigende Lohnsteuerquote, begleitet von einem massiven Zurückfallen der Unternehmenssteuern.

Mit einer Entscheidung zur steuerlichen Behandlung der Alleinstehenden mit Kindern muß Finanzminister Stoltenberg auch endlich überkommen. Es ist unerträglich, die rund 900.000 Alleinerzieher trotz Verfassungsgerichtsurteil immer länger warten zu lassen und sie mit widersprüchlichen Modellen abzuspeisen. Dabei ist klar festzustellen, daß man dem Karlsruher Urteil wie den Betroffenen mit einem Steuerfreibetrag - genannt wurden 6.000,- DM - nicht gerecht wird. Denn damit würden erneut die Großverdiener herausragend begünstigt, während gerade die kleinen und mittleren Steuerzahler als Alleinstehende mit Kindern die Entlastung brauchen. Deshalb kann statt eines Freibetrages - bei diesem Modell - nur ein fester und gleichhoher Steuerabzugbetrag von zum Beispiel 1.500,- DM jährlich für alle akzeptabel sein.

Schließlich sollte die Kohl-Regierung endlich zugeben, daß das in bereits zwei Regierungserklärungen vom Bundeskanzler versprochene steuerliche Familiensplitting "töter als tot" ist und nicht kommen wird. Es ist zu begrüßen, daß die frühzeitig von uns Sozialdemokraten geäußerte und immer wiederholte Kritik an einem extrem unsozialen, familienfeindlichen und verteilungsungerechten "Familiensplitting" zunächst beim bayerischen Finanzminister Streibl und nun offenbar auch beim Bundesfinanzminister zu Lernprozessen geführt hat. Da nicht bestritten werden kann, daß ein Familiensplitting vor allem Familien mit hohem Einkommen und wenig Kindern stark steuerlich entlastet, während Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen und mehreren Kindern unvergleichlich weniger an Entlastung erhielten, ist hier endlich eine klare Entscheidung und Aussage Stoltenbergs gefordert. Dies umso mehr, als Familien ohne steuerpflichtiges Einkommen - zum Beispiel Arbeitslosen-Haushalte - völlig leer ausgingen!

Bisher herrscht in der Steuerpolitik der Bundesregierung nordischer Nebel - nordische Klarheit tut Not!
(-/16.1.1984/ks/rs)

+ + +



Zimmermann will Herr eines Kulturzweigs werden

Die filmpolitischen Vorstellungen des Bundesinnenministers
sollten auch in der Union auf Widerspruch stoßen

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion

Die nahezu einhellige Kritik der Fachleute auf der CSU-Filmtagung in München hat deutlich gemacht, daß der Entwurf zu den neuen Filmförderungsrichtlinien des Bundesinnenministers der Prüfung durch die Experten nicht standhalten.

Wir Sozialdemokraten werden in der Sitzung des Innenausschusses am 25. Januar unsere Forderungen nach einer Zurücknahme dieses Entwurfs bekräftigen. Wir hoffen, daß die Kritik des Koalitionspartners FDP und die einhellige Opposition der Fachöffentlichkeit den Innenminister zum Einlenken bringen.

Wir werden nicht hinnehmen, daß die Meinung der Fachwelt mit scheinendemokratischem Interesse von der Regierung erbeten, dann jedoch nicht berücksichtigt wird.

Es ist zu hoffen, daß sich - nach FDP-Parlamentariern - auch Abgeordnete der anderen Regierungsparteien dessen bewußt werden, auf welcher widersprüchlichen und plumpe Art und Weise es ihrem Innenminister gelungen ist, den deutschen Filmern einen Fußtritt zu versetzen und sowohl der deutschen Filmkultur wie der deutschen Filmwirtschaft einen Bärendienst zu erweisen.

Wenn schon unsere mehrfach geäußerte inhaltliche Kritik die in den Bundesländern für Filmpolitik verantwortlichen Unionspolitiker nicht wachgerüttelt hat, dann sollte sie der immer offener zutage tretende Dilettantismus bei diesen Vorgängen aufhorchen lassen.

Der dilettantische Entwurf beschädigt die deutsche Filmkultur und soll den Bundesinnenminister zum staatlichen Herrn über einen ganzen Kulturzweig machen. Dies ist im günstigen Fall Amtsanmaßung, im ungünstigen Fall ist es Beschädigung unserer Verfassung.

(-/16.1.1984/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Die emigrierten Literaten bewiesen: Die Deutschen sind eine Kulturnation

Der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke, würdigte anlässlich einer Ausstellungseröffnung "Der deutsche PEN-Club im Exil" das Verdienst der vor Hitler geflüchteten deutschen Schriftsteller. Aus der Eröffnungsrede dokumentieren wir einige grundlegende Passagen. (Die Ausstellung ist in Bremen zu sehen).

Das Nachdenken darüber, was eigentlich Exil bedeutet, jene - leider - weit in die Jahrhunderte zurückreichende Tatsache, erfüllt uns stets mit zwiespältigen Gefühlen. Flucht ins Exil, das war, wenn sie gelang, Schutz vor Verfolgung, war Sicherheit vor der Bedrohung, war einfach Rettung des Lebens; war aber vielfach nicht mehr als Rettung des nackten Lebens, weil die Flüchtenden alles hinter sich lassen mußten, was bisher ihr Leben ausgemacht hatte.

Dabei dürften die meisten weniger an den Verlust der materiellen Existenzgrundlage gedacht haben, auch wenn die Sorge um den Lebensunterhalt vielleicht zunächst vorrangig war. Schwerer wog da schon der Verlust der Freunde, dessen, was heute ein soziales Bezugsnetz wir zu nennen uns angewöhnt haben, jene Tatsache, daß es in immer erreichbarer Nähe Menschen gibt, die uns im Laufe der Zeit vertraut geworden sind. Der dauerhafteste Verlust aber, der als Preis für die Rettung ins Exil gezahlt werden mußte, war der Zwang, die eigene Kultur hinter sich zu lassen, aus dem Zusammenhang von Werten und Ideen und Gedanken, ohne den doch die Identität einer Person nicht denkbar ist, herauszufallen und auch aus dem unsichtbaren Netz einer gemeinsamen Sprache.

Dieser Verlust des Sprachumfeldes bedeutet für den Literaten ungleich mehr als für uns andere. Für ihn ist die Sprache ja Verständigungsmittel in einem viel weitergehenden, viel existentielleren Sinne. Sprache ist für den Literaten ganz unmittelbar und ganz total etwas, in dem er lebt.

In diesem existentiellen Verhältnis auch des Literaten im Exil aber liegt ein tragisches Paradoxon begründet. Der verzweifelte Schritt des einzelnen, der seine Lebensgrundlage hinter sich lassen mußte, um sein Leben zu retten, rettete damit zugleich das Ansehen Deutschlands in der geistigen Welt wie es das Fortbestehen des geistigen Deutschlands in der Welt bewahrte. Durch die Tatsache, daß Literaten deutscher Zunge anders und anderes schrieben und sagten, als aus Deutschland herüberzutönen begann, wurde deutlich, daß es auch ein anderes Deutschland gab. Die, die ihr Land verlassen mußten, bewiesen, daß dieses Land als Kulturnation noch existierte.

Die Literaten, die Mitglieder des PEN-Clubs im Exil sind mit ihrer Existenz für diesen Beweis eingetreten. Sie haben mit ihrer ganzen Person dafür gekämpft, daß das Schiff des kulturellen Erbes auch in schwerer See auf geradem Kurs blieb. Dies verbietet es uns heute, das Zusammenleben und Zusammenwirken, aber auch die Auseinandersetzungen der Männer und Frauen im "PEN-Club im Exil" nach den Maßstäben eines deutschen Vereins zu bewerten.

Diese Ausstellung soll uns auch den Blick dafür schärfen, daß das Schicksal des einzelnen Menschen, auch das des einzelnen Literaten, nicht darin aufgeht, Vollzugsorgan einer objektiven geschichtlichen Aufgabe zu sein und sei sie auch noch so bedeutend. Geschichtliche Größe ist kein Ersatz für individuelles Glück. Die Geschichte des "PEN-Club im Exil" ist ein bedeutender Bestandteil der deutschen Geistes- und Literaturgeschichte. Sie ist aber auch die Geschichte des Leidens von geistigen Menschen, denen der Ungeist das Existenzrecht und die Heimat bestritt. In diesem Streift letzten Endes siegreich geblieben zu sein, gezeigt zu haben, daß man in ihm siegreich bleiben konnte, das ist das wahre Verdienst der Literaten, die auch im Exil den deutschen PEN-Club am Leben erhalten haben.

(-/16. 1. 1984/ks/rs)

+ + +

